

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Er erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. — Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Posten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,50 M., durch die Post 1,55 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörungen streift man erstlich über Antrags auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Zeile 40 Pfg., Ausnahmingsgebühr 50 Pfg. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Widerrüge unbedeutlich geschriebener oder durch Fernsprecher abgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10. — M. Das Laubend, ausgiebig Postgebühren. — Schluß der Anzeigenannahme donnerstags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 9

Donnerstag, den 21. Januar 1932

34. Jahrg.

Die Gewerbetreibenden der Stadt Kemberg werden hiermit aufgefordert, bis zum 30. Januar

Gewerbetaxipalitätsener-Erklärungen

für das Jahr 1931 abzugeben. Vorbrücke werden durch die Gemeindebehörde zugestellt werden.

Wittenberg, den 11. Januar 1932.

Der Vorsitzende des Gewerbetaxiausschusses für den Landkreis Wittenberg.

Stadtverordneten-Sitzung

Freitag, den 22. Januar, 20 Uhr, im Rathause.

Tagesordnung.

1. Wahl des Vorstandes.
2. Wahl der Ausschüsse.
3. Genehmigung der letzten Niederschrift.
4. Kenntnisnahmen.
5. Bebauungsplan für die Gartenstraße.
6. Wahl von 2 Prüfern für die Elektrizitätswertstaffelrechnung 1930.
7. Wahl von 2 Prüfern für die Sparstaffelrechnung 1930.
8. Ermäßigung der Mieten für Wohn- und gewerbliche Räume.
9. Notstandsarbeiten.

Sierauf geschlossene Sitzung.

Erbinenbefugter haben nur Zutritt gegen Abgabe von Einlasskarten, die die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung an ihre Wähler ausgeben werden. Die früheren Einlasskarten sind ungültig.

Kemberg, den 18. Januar 1932.

Der Stadtverordnetenvorsteher.

H. Ludewig.

11]

Die Denkschrift Hillers.

Überwindung des heutigen Systems.

München, 19. Januar.

Von nationalsozialistischer Seite wird jetzt die Erklärung Hillers an den Reichstagler Öffentlichkeit. Güter betont darin, er sei nicht in der Lage, die Aktion des Reichstagsler wegen der Reichspräsidentenwahl verfassungsmäßig oder politisch als möglich anzusehen. Sollte die Auslegung, daß eine Zweidrittelmehrheit des Reichstages entgegen den klaren Bestimmungen der Reichsverfassung einer Volksabstimmung gleichgültig sei, angenommen werden, dann müßte zumind die Zusammenlegung des Reichstages den augenblicklichen und wirklichen Willen des Volkes zum Ausdruck bringen. Da dies nachweisbar bei dem augenblicklichen Reichstag nicht der Fall sei, müßte zuerst zum Reichstag neu gewählt werden.

Der Reichstagler sei der Auffassung, daß die schwierigen außenpolitischen Verhandlungen keine innerpolitischen Wahlen vertragen. Mit wesentlich mehr Recht könne der Führer der größten Oppositionspartei erklären, daß das innerpolitische Regiment in Deutschland aus innerpolitischen Selbsthaltungsgründen keine Wahlen brauchen könne, während umgekehrt alle außenpolitischen Erwägungen sie gebietet forderten.

Der Verfall des Reiches habe keinen Ausgangspunkt nicht in der außenpolitischen Affären, als vielmehr in der innerpolitischen Zerlegung des Volkstempers durch das heutige System. Daher sei die unvermeidliche Voraussetzung für künftige außenpolitische Erfolge die innerpolitische Überwindung der Zerlegungsarbeit, die Deutschland dort hin getrieben habe, wo es sich heute befinde.

Daß Deutschland heute nicht begehren könne, sei kein politisches Verdienst irgendeiner Regierung, sondern eine durch fehlerhafte politische Meinung herbeigeführte Katastrophe. Er verheißt daher nicht, wie ausgerechnet die Parteien, die einst die ehrenvolle Entdeckung des alten Reiches politisch und wirtschaftlich sich unterbrachten, heute an einer Kontinuität der politischen Führung hängen könnten. Er glaube vor allem nicht daran, daß die Schwäche, außenpolitisch gehen plötzlich ein Vorzug sein könnte.

Man könne nicht auf die Dauer annehmen, daß ein Volk durch ein Regiment wirkungslos nach außen hin vertreten werden kann, das für die Notwendigkeit seines Daseins nichts anderes anzuführen habe als die Drohung mit dem, was an seine Stelle käme, wenn es nicht mehr wäre. Er halte es für unangenehm notwendig, daß ein Regiment komme, dessen Existenz aus eigener Kraft keine Dolensberechtigung lösderte.

Er lege darin die einzige Möglichkeit, die deutsche Nation wieder zum Objekt des außenpolitischen Geschehens zu einem wertvollen Mitglied der zivilisierten Staatengemeinschaft zu machen. Erst wenn Deutschland wieder etwas zu bieten habe, werde man ihm etwas geben. Die Denkschrift schließt mit dem Bedauern darüber, daß der Name des Reichspräsidenten in der Aktion zur Rettung des Systems hineingezogen worden sei.

Eine Antwort der Reichsregierung.

Zu der Denkschrift läßt die Reichsregierung erklären: Die von Hiller veröffentlichte Denkschrift ist dem Reichstagsler übermittelt worden. Die Reichsregierung wird nicht verhehlen, die darauf zu erzielende Antwort ebenfalls öffentlich bekanntzugeben.

Politische Absichten wieder erlaubt.

Durch eine neue Verordnung des Reichspräsidenten ist das in der Rotverordnung vom 8. Dezember 1931 erlassene Verbot des Erregens politischer Meinungen am Montag wieder aufgehoben worden. Nach der neuen Verordnung ist alles das Erregens von Reden, Abzeichen, Reden, u. a. wieder in der bisherigen Form erlaubt.

Sparbarkeit in der Landwirtschaft.

Rundfunkrede von Schlang-Schöningen.

Berlin, 20. Januar.

Der Reichskommissar für die Ostfälische, Dr. h. c. Schlang-Schöningen, sprach im Rundfunk über das Thema: „Wie und wo muß der Landwirt sparen, ohne dabei die Produktion einzuschränken?“ Das große Schlagwort des Augenblicks, so führte er aus, ist Sparbarkeit. Wir ständen mit Blick in einer landwirtschaftlichen Katastrophe ersten Ranges. Sie lie demgegen so bedenklich, weil es bei der Ueberfülle der eigenen Erzeugung, bei der zugleich gekürzten Kaufkraft des Inlandes und bei dem Wettstreit der anderen Länder, selbst auszuführen, sich zugleich aber durch Zollmauern abzuwehren, so ungewohnt schwierig sei, einen Ausweg zu finden.

Unter Sparbarkeit ist nicht jene zu verstehen, die zur Hungerwirtschaft führt. Hungerwirtschaft sei unter alten Umständen in kurzer Zeit Pleitenwirtschaft. Der Landwirt müßte deshalb je nach seiner Lage und seinen Möglichkeiten alle Wirtschaftschancen ausnützen, um den Betrieb auf eine möglichst breite Basis zu stellen. Das Ideal sei die Wirtschaft, die neben einer gleichmäßig aufgebauten Feldwirtschaft eine starke Viehwirtschaft treiben könne.

Das einzig wirklich ganz große Mittel der Sparbarkeit sei die Ausnützung jedes einzelnen Stück Viehes. Dazu komme noch die Sparbarkeit in manchen anderen Dingen, so z. B. die Frage des Verhältnisses von Menschenkraft, von Zugkraft und Maschinen. Es sei praktischer, eine Maschine beizugehen, wenn sie zu teuer arbeite. Es sei ein weiterer Vorschlag, daß man nicht Menschen zu anständigen Löhnen beschäftigen könne. Es sei dringend zu wünschen, daß dieser Zustand durch größte Intensivitätsmöglichkeiten überwunden werde. Das sei die Kardinalfrage der Volkswirtschaft.

Die Gelamfrage der Landwirtschaft sei heute so, daß keine Wirtschaftslösung für das Volkstempo notwendig menschlich angestrebt der festsitzenden Viehpriele und der tief darniederliegenden Bevölkerungswirtschaft in kürzester Zeit gelinge, volkswirtschaftliche Maßnahmen zu treffen, die den Menschen auf dem Lande zeigen, daß es Zweck hat, zu arbeiten. Es sei eine volkswirtschaftliche und eine nationalpolitische Notwendigkeit, diese Maßnahmen trotz aller Schwierigkeiten und Gefahren bald zu treffen.

Die Zoll-Notverordnung.

Erhebung von Ausgleichszulagen.

Berlin, 20. Januar.

Amlich wird folgende Verordnung des Reichspräsidenten über außerordentliche Zollmaßnahmen mitgeteilt: Auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet: Die Reichsregierung wird ermächtigt, im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses 1. bei der Einfuhr von Waren, die aus Ländern stammen, deren Währung unter der Goldparität gehalten ist, für einzelne Waren oder Warengruppen Ausgleichszulagen zu erheben, 2. für Waren, die aus einem Lande stammen, mit welchem das Deutsche Reich nicht in einem handelsvertraglichen Verhältnis steht oder welches die deutschen Waren ungunstiger behandelt als die Waren eines dritten Landes, erhöhte Zollsätze festzusetzen. Von der Erhebung der erhöhten Zollsätze kann bis zur Dauer von höchstens 6 Monaten Abstand genommen werden, wenn mit diesem Lande Handelsvertragsverhandlungen im Gange sind oder bevorstehen. Die Reichsregierung kann bei einzelnen Waren von der Anwendung der erhöhten Zollsätze ganz oder teilweise absehen.

Die erhöhten Butterzölle.

Berlin, 20. Januar.

Nach einer amtlichen Mitteilung stellt sich die neue Butterzollregelung wie folgt dar:

Die Reichsregierung hat den autonomen Butterzoll von 50 RM. auf 100 RM. für den Doppelpentner erhöht.

Auf die Einfuhr aus den Ländern, deren Währung unter der Goldparität gehalten ist, wurde gemäß der Verordnung des Reichspräsidenten über außerordentliche Zollmaßnahmen vom 18. d. M. im Juli des Jahres 1931 ein Wert der Butter oder von 36 RM. je Doppelpentner eingeführt. Der

dieser Berechnung des Zollzuschlages zugrunde gelegte Wert der Butter ist unter Berücksichtigung des Preises der Ware vor dem Sinken der Währungen unter die Goldparität auf 240 Reichsmark je Doppelpentner angelegt worden. Der Zuschlag wird somit beim autonomen wie beim Vertragszoll angewandt.

Gleichzeitig wurde der Butterzoll für die Länder, mit denen das Deutsche Reich nicht in einem handelsvertraglichen Verhältnis steht, auf 170 RM. je Doppelpentner festgelegt. Der autonome Zoll für Quart aus Magermilch, Magermilch wurde auf 17 RM. je Doppelpentner erhöht.

Sicherungsverfahren im Rahmen der Ostfälische.

Berlin, 20. Januar.

Wie das Reichskommissariat für die Ostfälische mitteilt, sind bis zum 31. Dezember 1931 bei den einzelnen Landstellen insgesamt etwa 58 000 Anträge auf Einleitung eines Sicherungsverfahrens im Rahmen der Ostfälische eingegangen. Es ist hierbei zu berücksichtigen, daß vorliegende Anträge noch bis zum 21. Januar dieses Jahres gestellt werden können. Die Güter werden sich auf die einzelnen Landstellen wie folgt verteilen: Ostfälische 20 384, Sletlin 10 879, Berlin 6500, Schneidemühl 5496, Cottbus 2378, Breslau 7739, Oppeln 1069, Dresden (östlich der Elbe) 585.

Dreufürstlicher Landtag.

Berlin, 20. Januar.

Der Dreufürstliche Landtag hielt am Dienstag seine erste diesjährige Sitzung ab. Angekommen wurden die Anträge des Beerenausschusses, die eine stärkere Heranziehung von Versorgungsanwärtern im Rangdienst und die Vernehmung der Stellen für Strafanwaltschaftsbeamten verlangten. Da ein Antrag Riedel (Staatspartei), die Anträge über die Revision der Fürstenaufsicht und der Tagesordnung abzulehnen, keine Zustimmung fand, begann das Haus die Beratung der hierzu eingegangenen Anträge der Staatspartei und der Kommunisten. Nach dem Abg. Stoltz (Komm.) den Antrag seiner Partei begründet habe, wonach die laufenden Abfindungssummen für die ehemaligen Fürstehäuser nicht mehr gezahlt, sondern zur Unterstützung Notleidender verwendet werden sollten, wurden die Anträge beider Parteien gemäß dem Beschluß des Ausschusses abgelehnt. Angekommen wurde ein Hauptantrag, der die Regierung auffordert, wenn es irgend möglich ist, die Schließung der Berliner Chirurgicalen Universitätsklinik durchzuführen.

Ein Antrag des Landwirtschaftsausschusses forderte das Staatsministerium auf, auf die Reichsregierung einzuwirken, von der Ermächtigung, Schutzmaßnahmen für die bäuerliche Beredlungswirtschaft zu ergreifen, befristet den Gebrauch zu machen.

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger.

errart, daß er sich dem Reichsministerium für den Bereich der Beredlungswirtschaft eingelegt habe. Mit dem Rückgang der englischen Währung hätten die nordischen Länder, aber auch Holland, besonders stark verlohrt, mit Hilfe des Valutadumpings den deutschen Markt zu erobern. Hier liege eine wesentliche Ursache für die letzte Preisbildung der deutschen landwirtschaftlichen Beredlungswirtschaft. Er könne sich denken, daß die Reichsregierung nicht instande sei, je gegen die stark Einfuhr vorzugehen, wie es ihm vielleicht erwünscht wäre. Denn es unterliege keinem Zweifel, daß unter Ausfuhr nach Holland, Finnland und Dänemark größer lie, als die Einfuhr aus diesen Ländern. Daher könnten keine Maßnahmen ergriffen werden, die diese Ausfuhr, auf die wir angewiesen seien, beeinträchtigen.

Abgelehnt wurden die Anträge auf Revision bzw. Einstellung der haustlichen Verbindungen für die ehemaligen Fürstenaufwärter und handwerklichen Familien.

Weitere angenommenen Anträge des Landwirtschaftsausschusses verlangten Genehmigung auf die Reichsregierung im Sinne einer Herabsetzung der Futtermittelpreise und Schutzmaßnahmen für das deutsche Holz.

Annahme findet gleichfalls ein kommunistischer Antrag auf Errichtung eines Ufferschuhs in Labogingen am Kurischen Hoff. Ferner wird ein deutschvolksparteilicher Antrag gegen die starken Abbau von landwirtschaftlichen Instituten angenommen.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

Groener über die Reichsgründung

Rundfunkrede des Reichsinnenministers.

Berlin, 19. Januar.

Im Montagabend hielt Reichsinnenminister Dr. Groener aus Anlaß des Reichsgründungstages in Berliner Rundfunk eine Rede, in der er etwa folgendes ausführte: Zum 61. Male führt sich heute der Tag, an dem im Spiegelaal des Berliner Schlosses König Wilhelm I. von Preußen die Deutsche Kaiserwürde annahm und damit die Neugründung des Reiches vollendete. Das große Ereignis von 1871 erntet endlich wieder alle Deutschen. Zwei hehre Gealteren aus dem Reihe von dem Verfallenen von 1871, Bismarck und Wilhelm I. So sehr König Wilhelm dem Kaiserregiment überlebte, so ist doch durch die Jahre in ihrem Charakter so arunderrückende Persönlich-

leiten die Einheit des deutschen Volkes vermittelst worden. Gibt es ein leuchtenderes Beispiel treuer Hingabe an die Nation? Doch wach! ein Unterchied zwischen Damals — heute! Damals ein Deutschland im Glanz der Siege und Erfolge, im Aufsteigen zu Ruhm und Größe, bewundert von der ganzen Welt — heute das Vaterland in tiefer Not und Bedrängnis, mit ungeheuerlichen Schwierigkeiten ringend.

Im gleichen Spielplan zu Versailles wurde uns 1919 jener Vertrag aufgezwungen, dessen politische und wirtschaftliche Ungerechtigkeit und Unvernunft nicht nur für andere beispiellose Notlage, sondern auch die der ganzen Welt verantwortlich sind. Und doch konnte die demütigende Szene von 1919 dem Einigungswert von 1871 nichts anhaben. Der Feind selbst mußte die besiegten, Erbundenen Hauptes hühen mit trotz allem Willigen der Gegenwart des Reichsgründungslages gedenken. Ein großes Volk wie das deutsche, das auf eine tausendjährige Geschichte mit größten Leistungen auf allen Gebieten menschlichen Wertens zurückblicken kann, wird durch eine Periode des Tiefstandes nicht um seinen Glauben an seine Bestimmung gebracht. Die großen Tage der Vergangenheit leuchten in das Dunkel der Gegenwart und geben Trost, Hoffnung und Stärke.

Wie etwas Selbständiges ersehen — uns heute das Reich — im Wahrheit ist seine Neuauflösung in heißen Streben erfüllt worden. Die Wille deutscher Volksgenossen rang um die Einheit in der Frankfurter Nationalversammlung. Der Streit über das Was sie sich zur endgültigen Zeit kommen. In der Chronorde zur Errichtung des ersten deutschen Reichstages am 21 März 1871 konnte deshalb Kaiser Wilhelm I sagen: „Wir haben 1871, was seit der Zeit unserer Väter für Deutschland erreicht wurde. Das Bewußtsein seiner Einheit war in dem deutschen Volke, wenn auch verhilft, doch stets lebendig; es hat seine Fülle gefordert in der Begeisterung, mit welcher die gelamete Nation sich zur Verteidigung des bedrohten Vaterlandes erhob und in unentgeltlicher Schrit auf den Schlachtfeldern Frankreichs ihren Willen verzeigte, ein einiges Volk zu sein und zu bleiben.“

Was schwer errungen, hatte in sich die Kraft des Bestandes. Die Einheit des Reiches überband die Schrecknisse des Weltkrieges, das Ende des Zusammenbruchs, den Wandel von der Monarchie zur Republik, den Krieg im Frieden, den der Ruhrkampf bedeutete.

Wo die Einheit des Reiches auf dem Spiel stand, gab es keine Parteien. So soll und muß es bleiben. Der Reichsgründungstag mahnt alle Volksgenossen, zusammenzustehen in Brudersliebe und Einheit. Fort mit dem höchsten Strebe der Parteien, der unzergehenden Volkseine verweigert.

Die Einheit des Volkes von innen heraus wieder zusammenzuführen, ist die gemeinsame Aufgabe aller Volksgenossen. Es muß möglich sein, eine neue Gemeinamkeit herzustellen, die auch jene politischen Lager umfaßt, die sich heute als erbitterte Feinde gegenübersehen. Die einzige Grundlage einer Einigung kann nur die Nationalität sein. Politische Programme an sich können keine unüberwindlichen Gegensätze bedeuten, wenn nur in jedem der Grundtag liegt, daß das Wohl der Nation über allem anderen steht. Der Weisensweg, das das deutsche Volk seit dem zweiten Verfall zurückgelegt hat, muß ihm eine dauernde Lehre dafür sein, daß allein die eigene geschlossene Kraft im Weg in die Zukunft bahnen kann. Deutschland wird jetzt auf die Konferenzen von Lausanne und Genf gehen, um sein gutes Recht auf Freiheit und Gleichberechtigung mit allen Völkern zu eringen. Die historische Bedeutung dieser Stunde verlangt es, daß jeder Deutsche den Reichstags und die übrigen Vertreter des deutschen Volkes, die in Lausanne und Genf seine Sagen führen, bei ihrem beispiellos schweren Ringen unterstützt. Vor dem Kampf um die höchsten Rechte des deutschen Volkes schwebe der Vortreiter. Wie oft hat unter allerbreitester Herr Reichspräsident zur Einheit aufgerufen. Er, der den Reichsgründungstag zum Ereignis der Nation erklärte, wußte wohl, wie sich auf der höchsten Pflichtenverfüllung und heroischer Treue der Einheit der Nation. Denn nur in diesem Zeichen ist das nationale Rettungswort zu vollbringen.

Wir wollen geloben, unsere Zustimmung zu begraben, einig und treu zusammenzustehen und nach dem Willensspruch Bismarcks, des Schmiedes der deutschen Einheit, alle unsere Kraft dem Dienste am Vaterlande zu opfern.

Die Parteien zum 18. Januar

Dr. Oberhören in Kassel.

Auf einer deutschnationalen Kampfundgebung in Kassel führte der Vorsitzende der deutschnationalen Reichs-

tagsfraktion, Dr. Oberhören, u. a. aus: Die Deutschnationalen hätten gegen den Artikel 48 nicht einzunehmen. Sie selbst hätte die feste Absicht, nach diesem Artikel einmal das deutsche Volk in Ordnung zu bringen, allerdings in einem anderen Sinne wie die gegenwärtigen Machthaber. Wenn Brünning ohne politische Zielsetzung die Wiederwahl Hindenburgs betreiben wolle, so könne er sie nur durchführen, wenn er sich von der politischen Bühne abtrete. In der Erbausegabe dürften man sich nicht mit der Erklärung begnügen, Deutschland könne nicht zahlen. Man müsse erklären, daß Deutschland auch nicht zahlen wolle, da es bereits weitaus mehr bezahlt habe, als zur Wiedergutmachung der Kriegsschäden notwendig gewesen wäre. Grundfälsches Ziel müsse sein, Wehrfähigkeit im Sinne des Volkswerees, Befreiung der Kriegsschuldigen, Wendeung des Geleges über Reichstags und Reichstags in deutschen Sinne. Das Schicksal dieser Regierung Brünning sei längst entschieden. Die Deutschnationalen seien bereit, die Regierung zu ergreifen und das Schicksal des deutschen Volkes zu wenden.

Weitere Reichsgründungsfeier.

Bei einer deutschnationalen Reichsgründungsfeier in Hannover sagte General Lehmann, in der Tribüne müsse der Kanzler zu seinem Reich stehen, damit der gordische Knoten zerfallen werde. In der Würdigungsfrage fehle noch das Wort des Kanzlers.

In München unterrich Landtagspräsident Stang (WV), die Erklärung des Reichstags, daß Deutschland keine Kriegsschuld habe, nicht zahlen wolle und wolle. Dieses klare Nein müsse von der deutschen Reichsregierung bis zum freigelegten Ende durchgehalten werden. Gegen die untragbare Last der Kriegsschuldigkeit besitzig werden. Größter Nachdruck müsse auf den Schutz der deutschen Minderheiten gelegt werden. Die Frage Sildtral dürfe nicht, wie die Nationalsozialisten fordern, aus der Diskussion verschwinden. Der Redner betonte schließlich den föderalistischen Standpunkt seiner Partei und erklärte, daß Bayern nicht in einem Einheitsstaat aufgehen und damit untergehen wolle.

Differenz über Wehrpolitik.

Auf einer Reichsgründungsfeier in Berlin-Wilmersdorf sprach der Sozialdemokratische Oberstleutnant Dittberber über Wehrpolitik. Er führte u. a. aus: 15 Jahre Kampfe der Stahlhelm gegen Kriegsschuldige und ihr den Wehrgeboten. Der Stahlhelm verlange, daß die deutsche Regierung noch vor Eintritt der Genfer Konferenz feierlich die klare Forderung nach Gleichberechtigung rüchhaltlos zum Ausdruck bringe. Gegen Warungen und Bitten nationaler Männer lei Deutschland in den Völkern eingetreten und lei heute gleichberechtigtes Mitglied. Wenn es jetzt sein Recht auf eigene Bestimmung zu haben, seinen Wehrmacht nicht erhalte, müsse es seinen Austritt in Erwägung ziehen, durch den der ganze Völkern und in Warten geraten werde. Der Stahlhelm fordere die Wehrhoheit für Deutschland zurück.

Der Weg der D.V.P.

Auf der Reichsgründungsfeier der D.V.P. sprach Reichstagsabgeordneter Dingeldey über den politischen Weg der Deutschen Volkspartei. Er ging davon aus, daß der politische Weg der Deutschen Volkspartei mit der Ablehnung der Weimarer Verfassung begonnen wurde. Die Berechtigung der damaligen Haltung der Partei habe sich in der Entwicklung der Jahre erwiesen. Die Deutsche Volkspartei müsse insbesondere daran festhalten, daß die formale Demokratie, wie sie in der Weimarer Verfassung niedergelegt ist, dem Willen der deutschen Volksgenossen nicht entspreche. Sie werde festhalten an der Forderung nach einer zweiten Kammer und nach einer Regierungsweise, die die Führung unabhängiger Persönlichkeiten der Allmacht des Parlaments entgegenstellt. Der heisse Wunsch unseres Volkes gehe dahin, den großen Mann und den großen Namen, der fast allein noch das Symbol unserer Nation darstelle, an der Führung unserer Geschäfte zu wissen. Hier dürfe es einen Streit um die Taktik nicht geben.

Arbeitsmöglichkeiten mit dem Zentrum.

In einer Zentrumssammlung erklärte Staatspräsident Holz, es würde den Nationalsozialisten nicht gelingen, Brünning über die Reichspräsidendenwahl zu führen, um selbst an die Macht zu kommen. Es werde stets so sein, daß das Zentrum mit den Sozialdemokraten zusammenarbeiten müßte. Trotzdem dürfe man dem Zentrum nicht verlangen, daß es eine Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten grundsätzlich ablehne; die Nationalsozialisten müßten nur lernen, von ihrem ammaßenden Hochmut allmählich auf einen vernünftigen biederer Sinn herunterzureden. Denn das Zentrum könne wohl ohne Nationalsozialisten, nicht

aber diese ohne Zentrum regieren. Es sei die Aufgabe des Zentrums, eine nationalsozialistische Regierung so lange zu verpötern, bis die Nationalsozialisten Besserung annehmen. Rundgebung der „Republikanischen Aktion“ in Berlin.

Die „Republikanische Aktion“ veranstaltete im Berliner Sportpalast eine Kundgebung. Vater Zimmerer aus Wien sprach über die Lage der Deutschen in Sildtral. Der Redner hat das deutsche Volk und die maßgebenden Ämter, die abgetrennt 250 000 Deutschen, von denen 20 000 im Wehrgebiet gefallen seien, nicht zu vergessen. Regierungspräsident Dr. Friedensburg rief das freimütige Bürgertum auf zum Kampf für die alten Ideale des deutschen Bürgertums. Das Bürgertum müsse sich endlich auf seine geschichtliche Verantwortung besinnen und selbstbewußt die blutige Gefahr des Radikalismus von rechts und links bekämpfen. Major a. D. Hauff erklärte, es handle sich gegenwärtig nicht darum, neue Ziele und neue Formen zu errörtern, sondern zu halten, was im Ansturm der Reaktion und im Strudel des Niederganges der Wirtschaft von Demokratie und Republik noch vorhanden sei. Der Redner verlangte Wiederholung des Verfassungsgebens für alle Beamten- und schonungsloses Vorgehen gegen alle nationalsozialistischen Beamten.

Ein englisch-französischer Vorschlag.

Die Faltung Deutschlands.

Berlin, 20. Januar.

Die englische und französische Presse melden, daß England der Reichsregierung offiziell vorgelegt habe, das Tribunalorium bis zum 1. Juli 1933 zu verlängern. In diese Mediation werden die vorliegenden Kommentare geknüpft. So meint Brünning, man müsse abwarten, ob die Reichsregierung diese Lösung annehmen werde, oder die sich die englische und französische Regierung schon annehmend geantwortet hätten. Beidenseitlich brauche die Konferenz von Lausanne nicht stattzufinden. Sollte aber die Reichsregierung eigene Vorschläge machen wollen, so werde die Konferenz abgehalten werden müssen.

„News Chronicle“ meldet, Deutschland habe nicht seine Zustimmung zu den neuen Vorklängen gegeben. Es seien dabei Verhandlungen im Gange. Man hoffe, daß es keine Einwärts zurückgehe. Wenn die Konferenz abgehalten werden sollte, so werde sie wohl aus einer Vermittlung von Sachverständigen bestehen, die nur die technischen Einzelheiten für den Zahlungsausschuß zu regeln hätten. „Daily Mail“ berichtet von Meinungsverschiedenheiten zwischen der englischen und französischen Regierung. Letztere habe darauf aufmerksamer gemacht, daß ihre Zahlungen an Amerika schon im September einlegen müßten, während die englischen erst am 5. Dezember fällig wären.

Von deutscher Seite wird die Richtigkeit der Mediation von einem offiziellen Vorklang Englands bestritten. Dagegen wird angegeben, daß in den diplomatischen Verhandlungen, die zwischen Berlin, Paris und London geführt werden, unter diesen anderen Plänen auch ein derartiger erörtert worden ist. Deutscherseits steht man diesen Vorklänge gegenüber jedoch auf dem Standpunkt, daß er untragbar ist, weil man nicht wissen könne, was nach Ablauf von einem Jahr die Lage sein würde. Eine Verzögerung der Lösung würde nur zu einer weiteren Verschlimmerung der Weltkrise beitragen.

Die deutsche Regierung besteht noch wie vor auf der Forderung, daß angeht dieser Lage die Konferenz von Lausanne stattfinden muß.

Sollte es sich tatsächlich herausstellen, daß in Lausanne keine Lösung gefunden werden kann, so bliebe ja noch immer die Möglichkeit offen, daß die Konferenz vertagt wird und dann zu einem späteren Zeitpunkt wieder zusammentritt. Dieser spätere Zeitpunkt müßte jedoch selbstverständlich in möglichst naher Zukunft liegen, da die Lösung der Tributfrage eine längere Vertagung nicht verträgt.

Laval besteht auf Tributen.

Paris, 20. Januar.

Die französische Regierung stellte sich der Kammer vor. Ministerpräsident Laval verlas die Regierungserklärung, in der die Faltung der Regierung zu den großen internationalen Fragen Tribut und Verfassung festgestellt ist. Er erklärte, daß die französische Regierung keiner Lösung der Erbausegabe zustimmen könne, die ohne die Sache zu verbessern, die französischen Interessen und Rechte verletzen würde. Frankreich lasse sich das Recht auf die Reparationen nicht nehmen; es lasse die Pflicht, zu verhindern,

JILSE RÖMER

Roman von Elisabeth Borchardt

48. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Er blieb stehen, beugte sich herab und streichelte ihr Haar. „Du liebes Kind, bringe die Blumen lieber deiner Erzieherin, und nun muß ich gehen — auf Wiedersehen!“

Ohne einen einzigen Blick nach der Richtung zu werfen, wo sie noch immer wie angewurzelt stand, ging er eilig davon.

Sie war so elend zumute wie zum Sterben. Ramen denn immer neue Hindernisse, neue Qualen, die ihr das Leben ihr erschwerten? Warum konnte sie nicht ruhig und unangefochten ihren Weg gehen — warum bränzten sich Personen und Dinge dazwischen, die ihre Gedanken, ihre Seele beherrschten und bedrückten — warum konnte sie nicht in Frieden leben? Was ging es für die fremden Menschen um, ihr Leid — was hatte sie mit Gilly Baumann und Graf Konrad zu schaffen? —

„Sie sind so still, Fräulein Römer.“ Sie antwortete mir gar nicht, und ich habe Sie nun schon dreimal gefragt, ob wir morgen in Konrads Gartenhaus gehen wollen?“ fragte Lotti ungeduldig.

Sie ermahnte sich aus ihren Grübeleien. Sie sah jetzt erst, daß sie einen Strauß Blumen in der Hand trug, und daß sie sich auf dem Steimwege befand.

„Was wollest du von mir, Kind?“

„Lotti wiederholte ihre Frage.“

„Morgen haben wir dazu keine Zeit, du weißt, daß wir in die Stadt fahren wollen.“, antwortete sie.

„Nun, so lassen wir das eben.“, verließte Lotti tuz entschlossen. „Sie wollten mir doch nur ein Vergnügen machen, und ich gehe lieber zu Konrad.“

„Ich habe es nun einmal so bestimmt und so bleibst es.“, war Jiles energische Antwort.

„Ach, liebes, liebes Fräulein.“, schmachtete Lotti, „lassen Sie uns doch morgen gehen — ich möchte so brechen gern.“

„Nein — du weißt recht gut, daß ich bei dem einmal Gesagten bleibe — ich will also keine Wiederrede mehr hören.“

Sie sagte das so heftig, so schroff, und Lotti, die in letzter Zeit kaum noch ein strenges Wort von ihrer Erzieherin gehört hatte, war jetzt ganz sprachlos und verwirrt, dann brach sie plötzlich in Tränen aus, heile, tröchtige Tränen. Nicht darum weinte sie, daß ihr der Wunsch verlagt war, sondern daß Jile hart und rauh mit ihr gewesen war.

Sie, die sich bisher in der Ausführung ihres schweren Berufes nie etwas vergeben hatte, die stets wußte, wie sie wollte und tat, kam so bei Jiles Tränen zu erzitterndem Bewußtsein, daß sie sich zum erstenmal von ihrer Stimmung hatte beherrschen, von ihrem Gefühl hatte fortreißen lassen. Das mußte, so gut es ging, wieder ausgeglichen werden.

„Lotti, was fällt dir ein?“ fragte sie, den strengen Ton vor der Hand noch beibehaltend. „Wißt du nicht durch deine wilden Tränen ernstlich erzürnen? — Komm einmal näher — so.“

Lotti schloste an ihren Tränen und antwortete nicht, aber sie bildete es, daß Jile sie näher zog und streichelte: „Müht du denn immer deinen Willen durchziehen?“

„Ach nein, nein, ich will ja gar nicht, wenn Sie nicht wollen, aber — daß Sie so hart mit mir —“

„Liebe, kleine, einigste Lotti!“

„Weiß und innig lang, an ein Lottis Ohr, aller Trost schwand und kümmerlich lang das Kind beide Arme um die Erzieherin und küßte sie.“

In bestem Einvernehmen, ohne daß Jile nachgeben hätte, kehrte sie ins Schloß zurück.

11. Kapitel.

Gerda war wieder gesund und konnte an den täglichen Spaziergängen teilnehmen. Sie hatte sich, von dem herrlichen Sommerwetter begünstigt, schnell erholt und bald

kante man den unterbrochenen Unterricht wieder aufnehmen.

Da die Schwestern jetzt wieder zusammen schließen und arbeiten, so hatte sie jetzt wieder mehr Zeit für sich. Sie machte wieder jeden Morgen ihre Spaziergänge, und auch die freien Nachmittagsstunden benutzte sie oft zu allerhand Belüben.

Haus lag sie den Weg nach Rawlowitz ein, wo sie Gilly Baumann an der verabschiedeten Stelle fand, und mit dieser plauderte sie dann ein Stündchen.

Es war wunderbar, welche Veränderung mit dem stillen, bleichen und lebensbedrängten Mädchen vor sich gegangen war, seit Jile sich ihr widmete. Sie sah zu Jile wie zu einer Heiligen auf, und daß eine solche sich herabließ, mit ihr, der Ausgelassenen, zu verkehren, das erhob sie vor sich selbst, das für sie ihre Selbstachtung. Sie kam sich nicht mehr vernünftig vor, und sie besagte es nur tief schmerzlich, so unglücklich töricht gewesen zu sein.

Nur eins vermochte sie nicht, über sie: die Liebe zu dem Manne aus ihrem Herzen zu reiben. So oft sie ihr auch das Verderrliche seiner Handlungen vorhielt, schaltete Gilly nur traurig den Kopf und sagte mit ruhiger Stimme: „Schmähen Sie ihn nicht — ich liebe ihn!“

„Aber Sie erwähen mich.“ Gilly: „Ich hab nicht mehr, und obgleich sie sich wegen ihrer Schwäche schämt, war sie froh, daß sie einen Grund zum Schmeigen hatte. Es hatte sie jedesmal einen Stich durch das Herz gegeben, wenn sie des Mannes — wie sie es für ihre Pflicht hielt — in dieser Weiße Erwähnung war.“

Vor Einfließ auf das junge Mädchen trug die schönsten Freunde, Gilly war wieder lebensmühtiger, besser und zufriedener, und Jile freute sich an den Resultaten ihrer Bemühung.

Eines Tages fand sie den Vater, den Verwalter Baumann an der Seite seiner Tochter im Walde. Er war ein großer Mann in den mittleren Jahren, den Nummer und Sorge die Haare gelübt haben mochten, aber der sich gleichwohl noch kersengrad hielt und nicht zu gebogen auslief. Bei ihrem Kommen ging er ihr entgegen und beachtete ihr die Hand hin.

das etwas gepöbert werden ohne eine gleichzeitige Herabsetzung seiner eigenen Schulden. Außerdem müßte jedes Volk einen gerechten Ausgleich von Erzeugungs- und Lebenshaltungskosten schaffen.

In der Frage der Abrüstung vermißt der Ministerpräsident auf die französische Denkschrift vom 15. Juli 1931, in der die Haltung der französischen Regierung klar auseinandergesetzt ist. Die übrigen Ausführungen des Ministerpräsidenten betreffen die bevorstehenden Wahlen in Frankreich sowie die allgemeine Wirtschaftslage in Frankreich, die durch das nationale Aufrüstungsprogramm genügend gekennzeichnet ist.

Amerika hält sich zurück.

Washington, 20. Januar.

Ueber den Schritt Kanals beim Staatssekretär Stimson bezüglich der Verlängerung des Hoover-Memorandum liegen keine bestimmten Meldungen vor. Von maßgebender Stelle in Washington wurde, wie „Exchange Telegraph“ meldet, mitgeteilt, die Antwort der Vereinigten Staaten auf die europäische Anregung werde dahin gehen, daß Europa selbst für seine Rettung sorgen müsse. Pläne über eine weitere Aufhebung der Zölle oder zur Verlegung der Grenze würden sorgfältig beachtet werden. Die amerikanische Regierung auf Kanals Anregungen offiziell antworten oder auf nur der französische Botschafter über die Haltung der Regierung unterrichtet werde, sehe noch dahin.

Die deutsche Diplomatie arbeitet gegen eine Verlängerung des Hoover-Memorandum und verlangt, daß die Konferenz in Lausanne stattfinden und die Verhandlungen über eine einseitige Lösung der Tributfrage noch vor dem 1. Juli, an welchem Datum das Hoover-Jahr abläuft, in Angriff genommen und weitestmöglich geföhrt werden soll.

Stimson führt die Abrüstungsabordnung der USA

Washington, 20. Dezember.

Staatssekretär Stimson ist zum Führer der Abordnung der Vereinigten Staaten zur General-Abrüstungskonferenz ernannt worden. General Dawes, der ursprünglich als Führer der Abordnung ausersehen war, bleibt in Amerika, wo er ernannt den Botschafter zum Leiter der großen Wiederaufbaugesellschaft zur Aufarbeitung des Kredits mit einem Kapital von 2 Milliarden Dollar.

Das Echo der Laval-Rede.

Große Befriedigung der Pariser Presse.

Paris, 20. Januar.

Die scharfe Kammer-Erklärung Laval's findet in Pariser politischen Kreisen ein lebhaftes Echo. Von rechts bis weit in die Mittelparteien hinein herrscht außerordentliche Befriedigung.

Die Regierungserklärung habe das Programm für die Behandlung der Tribut- und Abrüstungsfrage eindeutig dargelegt und Laval könne in dieser Beziehung der Unterstützung der Nation sicher sein.

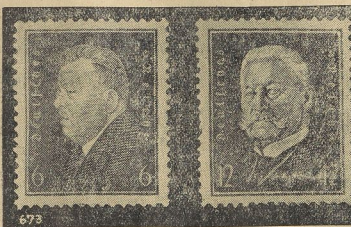
Es ist ohne weiteres klar, daß der französische Ministerpräsident seine Programmierung in dieser Richtung schon abgehandelt hat, um sich vor der Kammer auf eine feste und unerschütterliche Haltung festzusetzen und sich bei ihr die nötige Rückendeckung zu holen. Nach dieser Rede sind vom deutschen Standpunkt aus alle etwaigen Mißtionen überflüssig.

Frankreiche Baktalen.

Zum Besuch des rumänischen Außenministers in Prag.

Prag, 20. Januar.

Der rumänische Außenminister Fürst Ghitu ist in Prag eingetroffen. Zur Begrüßung hatten sich Dr. Beneš sowie der rumänische, französische, polnische und tschechoslowakische Gesandte eingefunden. Die Besprechung zwischen Dr. Beneš und Fürst Ghitu hat bereits eine vollständige Übereinstimmung in allen wichtigen Fragen ergeben, so konnte u. a. eine völlige Streichung der deutschen Forderungen nicht in Frage, wegen eines Rücktrittsfortrages mit Rußland stellen sich Rumänien und die Tschechoslowakei hinter Frankreich und werden in dieser Frage nichts ohne Einverständnis mit Frankreich unternehmen. Die beiden Staaten werden auf der Seite Polens stehen, wenn dieses Land eine Abrüstung für unmöglich erklärt, solange seine Grenzen durch Deutschland nicht garantiert sind.



Die neuen 6- und 12-Pfennig-Marken.

Die 6- und 12-Pfennig-Briefmarken, deren Erscheinen für Mitte Februar angekündigt worden war, gelangen bereits in den nächsten Tagen in den Verkehr. Die ersteren sind grün, die letzteren rot.

Letzte Meldungen.

Preiszeichnung auch bei Schuhreparaturen.

Berlin, 20. Januar. Durch Verordnung des Reichskommissars für Preisüberwachung sind Preisauszeichnungen auch für Schuhreparaturen angeordnet worden. Ferner sind die Schornsteinfegerarbeiten gegenüber den Sägen vom 1. Dezember 1931 um 15 v. H. gekürzt worden.

Festnahme internationaler Einbrecher und Hehler.

Berlin, 20. Dezember. Die Berliner Kriminalpolizei überharrte drei internationale Einbrecher, als sie eine Bezahlung von 25 000 Reichsmark untereinander aufteilten. Weiter wurden zwei Personen festgenommen, die mit dem Einbruch beim Finanzamt Essen am 15. Oktober 1931 in Verbindung stehen, bei dem für 350 000 Reichsmark Wertpapiere erbeutet wurden. Bei einem gleichzeitig festgenommenen als internationaler Talschneider und Hehler bekannten Kaufmann Pfeisner wurden für 100 000 Reichsmark Wertpapiere gefunden.

Aus der Heimat und dem Reich.

Kemner, den 20. Januar 1931

* Am Sonnabend fanden die Besprechungen zwischen einem Vertreter des Landesarbeitsamtes aus Erfurt, einem Vertreter des Arbeitsamtes Wittenberg, dem Magistrat, den Stadtverordneten, den Marktreisenden und dem Kreisbauinspektor statt zum Zwecke der Durchführung eines Notstandsarbeitsprogramms. Bei befriedigender Regelung der Finanzierungsfrage dürften voraussichtlich 20 Erwerbslose 15 Wochen Beschäftigung erhalten.

— Steuererklärung für die preussische Gewerbesteuer. Die Steuererklärung für die Gewerbesteuer nach dem Gewerbesteuergesetz vom 1. April 1927 ist in den Gemeinden, in denen eine solche Steuer erhoben wird, in der Zeit vom 18. bis 30. Januar 1932 unter Benutzung der vorgeschriebenen Vordrucke abzugeben.

— Deutschlands Verschuldung. Nach den Berechnungen des Leiters des Instituts für Konjunkturforschung betragen die Auslandschulden von Reich, Ländern und Gemeinden ohne die politischen Schulden des Reiches am 31. März 1928 1.727 Milliarden RM, 1929 1.45 Milliarden RM, 1930 1.76 Milliarden RM, sie steigen sich alsdann sprunghaft im Jahre 1931 auf 3,08 Milliarden RM.

* Preisentzug um 2 Pfg. je Kilowattstunde bei der Landelektrizität G. m. b. H.

Die Landelektrizität G. m. b. H. zu Halle hat für ihre sämtlichen zehn Ueberlandwerke, durch welche die Stromversorgung des größten Teiles der Provinz Sachsen und nennenswerter Gebiete darüber hinaus mit elektrischer Energie erfolgt, dem Reichskommissar für Preisüberwachung ihren Unkostenanweis eingereicht und die sich hieraus ergebende Strompreismäßigung erläutert. Die neue Preisentzug, welche ohne Rücksicht auf die bekannte rückläufige Bewegung des Stromablasses restlos alle Ertragsanteile aus Anlaß der 4. Notverordnung den Stromabnehmern zugute kommen läßt, beläuft sich bei der Landelektrizität auf 2 Pfg. je Kilowattstunde für alle Kleinverbraucher für Licht und Kraft.

Diesem gleichen erhalten auch die Großabnehmer der Landelektrizität eine Strompreismäßigung, und zwar automatisch dadurch, daß durch Senkung der Kohlenpreise die sich hieraus ergebenden Strompreismäßigungen eintreten.

* Vom Geschäftsjahr Kemner errang Justizkollege Joh. Eise, Rot. Genie, auf der Gehaltsaufstellung in Drantenbaum am 17. Januar folgende Resultate: Auf weiße Wagnardotten sehr gut, 1 E. Verbandspreis 1,20 sehr gut, 1,20 gut, auf Japanische Seidenbahnleiter 1,20 sehr gut, 1. Güterpreis 1,20 gut, auf Bränner Kräfte 1,20 sehr gut, 1 E. Bundespreis 1,20 gut.

* Grauer Stein. (Ginbruch-Vorfall.) Der Ginbrecher (schief) Waldrand des Bodmerfeldes am Sonntag abend gegen 9 Uhr verlor die Ginbrecher wiederholt in die Wohnung des Befehlers des „Grauen Stein“ (Herrn Meißner) zwischen Radis und Bergweg einzuwandern. Er stietzte sich auf einen Stein und verlor sich dort eine Frontscheibe. Als er übertritten wurde, schob der Ginbrecher sofort aus einer Wirtshauskammer ohne jemand zu treffen. Der Täter wurde verfolgt, festerte auf das Dach, sprang darauf herab und verdingte im nahen Wald. Bei seiner Verfolgung gab der Täter mehrere Schüsse ab, die ebenfalls hier Ziel verfehlten. Leider entkam der Spitzhunde infolge der Dunkelheit.

* Gräbenhainichen. (Jagdverachtung.) Am Montag stand im hiesigen Kasteller die Jagdordnung des ca. 600 Hektar großen städtischen Jagdgebietes zur öffentlichen Verpachtung. Obwohl verschiedene Interessenten erschienen waren, wurden mündliche Angebote nicht abgegeben, dagegen waren schriftliche Angebote von 500 und 600 RM jährliches Pachtgeld eingegangen. Am letzten Nachmittage wurde für die Jagdverpachtung noch 2000 RM gezahlt. Eine Zuschlagserteilung für die eingegangenen Angebote konnte noch nicht erfolgen.

* Gräbenhainichen. (Schadenfeuer im Jögit.) Am Dienstag vormittag gegen 11 Uhr wurde auf telefonischen Anruf unsere Freiwillige Feuerwehr zugleich mit der benachbarten Gröbenhainicher Feuerwehr alarmiert. Im städtischen Jagdgebiet war im Ausflugslokal des Herrn Blanke die rechte Giebelwohnung, welche als Schlafzimmern dient, plötzlich in Brand geraten. Durch die Rauchentwicklung wurde das Feuer von der Tochter des benachbarten Stadtrevierförstlers Hedert sofort bemerkt und die benachbarten Feuerwehren in Kenntnis gesetzt, worauf als erste die Gröbenhainicher Feuerwehr und gleich darauf auch die Gräbenhainicher Feuerwehr mit der Motorpumpe schnellstens herbeikam. Durch die äußerst schnelle unermüdete Löscharbeit beider Feuerwehren, die vorerst eine etwa 50 Meter lange Schlauchleitung nach dem nahen Jögitloch legen mußte, wurde es ermöglicht, das sich schnell ausbreitende Feuer auf seinen Brandherd zu beschränken, so daß in kurzer Zeit weitere Ausdehnungsgefahr beseitigt war. Allerdings fiel neben der Schlafstube der gesamte Dachstuhl des Wohnhauses dem Feuer zum Opfer. Leider konnte aus der Giebelwohnung nichts mehr gerettet werden, so daß in dieser außer der gesamten Wäsche und Bekleidungsstücke, vier Betten und verschiedene Möbelstücke mit verbrannten. Der bedeutende Feuer Schaden ist hoffentlich durch Versicherung gedeckt. Neben vielen benachbarten Hilfsmaßnahmen war auch die Wehdecker Feuerwehr am Brandherd erschienen. Während des Feuerabbruchs befanden sich Frau Blanke nebst Tochter in anlerer Stadt, um Einkäufe zu besorgen.

* Bethau. (Schuppenbrand.) Am Sonntag zwischen 10 und 1/2 11 Uhr abends brannte die Scheune und ein kleiner Schuppen des Landwirts Fischele in Bethau nieder. Einige Wäldchen wurden vernichtet. Der genannte Brand bereitete dem gerade im Galtshaus stattfindenden Mastenball ein unliebsames Ende. Die Masten waren gerade zur Demaskierung angetreten, als einige Gemöbner mit dem Rauch-Feuer in den Saal flüchten. Im Augenblicke war der Saal geräumt und alles eilte zur Brandstelle. Die Brandursache konnte noch nicht festgestellt werden.

* Göttingen. (Er muß das Wirtshaus meiden.) Ein originelles Urteil gegen einen jungen Mann aus Nörten-Hardenberg fällt das Schöffengericht in Göttingen. In angetrunkenem Zustande hatte der junge Mann sich dazu hinreißend lassen, einen Altersgenossen ziemlich stark zu miß-

handeln und auf den am Boden liegenden Gegner einzuschlagen. Der Angeklagte hatte die Tat nicht bestritten aber sich mit seiner Trunkenheit entschuldigend. Das Gericht verurteilte ihn zu 2 Wochen Gefängnis, billigte ihn aber Straferlassung zu unter der Bedingung, daß er für die Dauer eines ganzen Jahres sich abends nach 10 Uhr in keinem Galtshaus leben lasse. Das Gericht wird den Angeklagten, der die Strafe anmahnt, durch den Oberlandwäger kontrollieren lassen.

Raubüberfall auf eine 72jährige.

Falle. Wie erst jetzt bekannt wird, wurde in den Abendstunden des 8. Januar von dem Girtler Otto Kaufhold und dem Bäcker Ernst Kraußendorf auf die 72jährige Lebensmittelhändlerin Müller in der Thüringer Straße 23 ein Raubüberfall begangen. Die beiden Büchsen hatten festgestellt, daß die alte Frau sich in den Abendstunden in ihrer Wohnung aufhielt. Um eine spätere Verfolgung zu erschweren, hatten sich die beiden Täter fremde Kleidung angezogen. Der eine führte ein Leinwandhemd, das beabsichtigt war, mit dem Anruf „Hände hoch!“ die Frau in ihre Wohnung zu drücken. Durch die Geistesgegenwart der Frau, die laut um Hilfe rief, konnten die Täter nicht in die Wohnung gelangen und mußten die Flucht ergreifen. Da sie noch nicht einmündig beschaffen waren, führten die beiden Täter zum Zweck der Verhaftung des einen, durch dessen Gefährdung kein Komplex überführt wurde. Nach Abschluß der Ermittlungen werden sie dem Gerichtsgefängnis zugewiesen. Dieser Raubüberfall gleicht der Tat, die in den Morgenstunden auf die Milchhändlerin K r e b s in der Kirchenstraße von vier Räubern am 4. November verübt wurde. Auch in diesem Falle hatten es die Täter auf die Raubhändlerin der Frau abgesehen. Schmerz konnte auch der Fall Krebs sehr schnell aufgeföhrt werden, weil ein Botschafter von einem der Täter eine brauchbare Beschreibung abgeben konnte.

Abspionschwindel aufgebohrt.

Magdeburg. In den letzten Monaten hat die Kriminalpolizei in Magdeburg drei Fälle von Abspionschwindel aufgebohrt. Die Täter arbeiteten nach folgendem System: Sie inserierten in ein oder mehreren Tageszeitungen, auch im Ausland, daß ein Kind distriert heranzugehen ist. Die meisten Leute für diese hohe Summe ein Kind großziehen wollten, gingen hunderte von Schreiben ein. Alle Texte erhielten zur Antwort, daß sie ein Kind haben könnten, doch müßte erst über die Ausreise einsehelt werden, was ein großer Geschäftsvorgang sei. Da die weitere Entwidlung der Angelegenheit von der Einreise dieses Betrages hing, sind nur wenig Leute auf den plumpen Schwindel eingegangen und so konnte die Kriminalpolizei rechtzeitig nachrichtig werden, die über 1000 eingegangene Briefe laagnahme.

Sie wollen keine Stähler werden.

Schleife. Bei der am Sonntag durchgeführten Abstimmung in Delitz über eine eventuelle Eingemeindung nach Galtshaus stimmte der größte Teil der Stimmberechtigten gegen die Eingemeindung.

Schiffahrtsteilweise teilweise gesperrt.

Magdeburg. Am 15. bis 24. Januar ist der Schiffsverkehr auf der Saale gesperrt worden, um an der hiesigen Schiffbauarbeiten vornehmen zu können.

Selbste heißt über Westphalen.

Westphalen. In der Reichsgründungsfeier des Bundes Nordwesten des Stahlschmelzwerks am 1. Bundesführer, Soldat, Magdeburg, teil. Er erklärte, daß allein der 18. Januar für den Stahlschmelzwerks „Festtag der Nation“ in Frage kommt. 1932 werde ein Schiffschiffahrt sein, für die einen wirtschaflichen Kampfplatz, für die anderen das Göttergebiet der Aufgaben des Reichstagners bezüglich der Reparationsleistungen und erklärte, daß die Welt wissen muß, daß das „Rein“ eines deutschen Kanfers heute nicht mehr allein fründe, sondern daß der beste Teil der Nation dieses „Rein“ selber ansprechen wird. Der Frieden, den wir erleben, ist kein Tributfrieden. Wir wollen unseren Frieden mit dem Westen, wollen aber als Beitragsgeld und Aufhangobiet unserer überflüssigen Kraft auch unsern Osten wieder zurück. Selbste schloß: Es heißt, das „Rein“ den Tribut den gegenüber durchzuführen und Preußen aus dem Irrium des roten Geistes zu befreien. Wir werden, wenn die anderen dies nicht können, uns an die Spitze der Nation legen. Das sind wir denen schuldig, die mit uns fochten und für uns fielen!

Mit dem Auto 14 Meter tief abgeföhrt.

Auerbach. Auf der Fahrt nach Rodewitz geriet auf der schlüpfrigen Straße in der Nähe der Filzgrube Rodewitz-Auerbach der Personentransportwagen der Firma Kirchner aus Auerbach ins Wühlgraben, durchbrach eine Barriere und führte eine 14 Meter hohe Böschung hinunter. Die Jahre alte Waise des Wirtshausbesizers, der pensionierte Bahnbeamte R. Kirchner, und der Wagenführer Willy Rahn wurden mit in die Tiefe gerissen. Kirchner wurde schwer verletzt und mußte in die Klinik gebracht werden, während Rahn nur leichte Verletzungen davontrug. Der Wagen wurde vollständig zertrümmert.

Ein Gerichtssoziallieber verhaftet.

Meinungen. Wegen Unterschlagung wurde der leit vier Jahren im hiesigen Stadtbezirk angeklagte Gerichtssoziallieber Albert Dietz verhaftet und in das Unterlandungsgefängnis eingeliefert. Die Verhaftungen sollen mehrere Jahre zurückliegen und sich auf seine frühere amtliche Tätigkeit als Gerichtssoziallieber beziehen.

Der Feldbahnbau beginnt.

Dernbach (Rhön). Der Feldbahnbau soll nunmehr auf den Strecken Mensen-Graben-Wellar und Diebold-Raltennordheim in Angriff genommen werden, nachdem die Betriebs genehmigung, vom Reich dem Lande Thüringen und dem Kreis Eisenach weitere 800 000 Mark zur Verfügung gestellt worden sind. Am Rahmen der Arbeiten zur Fortführung des normalspurigen Zubehörs der Feldbahn soll ferner der Bahnhof Wellar fertiggestellt werden, ebenso soll man den Bau der Bahnhöfe Stettelsfeld und Raltennordheim beantragen. Man hofft, den Bahnbau im Jahre 1934 zu beenden.

Saalfelder Preisrenten von Städt und Kreis getauft.

Gegen die Preisrenten des Saale-Elektrizitätswerks.

Saalfeld. Der Saalfelder Stadtrat beschloß gestern abend gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und des Kommunismus die Saalfelder Preisrenten und Preisrenten zu gleichen Teilen mit dem Kreis zu übernehmen. Die Preisrenten werden nunmehr am 1. Februar in den Besitz von Stadt und Kreis Saalfeld übergehen. Die Nationalsozialisten, die bereits die vor vier Jahren erfolgte Kreditgewäh-

zung an die Feuertroffen durch die Stadt mißbilligt hatten, haben gegen den Beschluß des Stadtrates beim Ministerium Beschwerde eingebracht.

Einem zu Beginn der Sitzung von Bürgermeister Dr. Wahl gegebenen Rückblick über das Jahr 1931 ist zu entnehmen, daß das Verhältnis der unterfertigten Erwerbslosen von 3.1 zugunsten der Stadt bei Beginn des vorliegenden Jahres sich am Jahresende zu einem Verhältnis von 2.5 zugunsten des Arbeitsamtes gemandelt hat.

Zum Stadtratsparlament wurde Bauart gerätlich gegen die Stimmen der beiden Nationalsozialisten und des Kommunismus wiedergebählt.

Gegen die Preispolitik des Saale-Elektrizitätswerkes, eines Privatunternehmens, sollen auf Beschluß des Stadtrates Schritte unternommen werden. Das Wert, das zwar die Jahrgelder um 10 % den Kraftstrom um 2 auf 22 Pf. und den Lichtpreis für Kleinkunde um 20 Pf. geholt hat, will den Lichtstrompreis von 40 Pf. nicht herabsetzen.

Eine Hundertjährige gestorben.

Altenburg. Die älteste Einwohnerin von Meuselwitz, die im 100. Lebensjahr stehende Frau Justine verwitwete Hauschild ist im Altenburger Krankenhaus gestorben. Die Verstorbene war eine Frau, die fast an allen Beträubchen ihrer Heimat hing und die berühmte Altenburger Bauerntracht bis zuletzt trug.

Drittes Todesopfer des Granatanzünderungslüdes. Vernichtet gefährliche Kriegsgegenstände!

Blauenberg Saale (Kr. Ziegenrück). Die schwere Granatanzünderungslüde, die sich hier am Sonntag ereignete, hat jetzt ein drittes Todesopfer gefordert. Die fünfjährige Tochter des Arbeiters Fischer, die achtzehn Spitzer im Körper hatte, von denen einer die Schlagader im Obersehen durchschlug, ist am Abend des Unglücks im Krankenhaus zu Ebersdorf gestorben. Das vierte verletzte Kind, der sechsjährige Sommermann, ringt mit dem Tode. Er wurde von zwölf Spitzern getroffen.

Über das scheinbare Unglück werden noch folgende Einzelheiten bekannt.

Bei dem Umzug der beiden Familien Sommermann und Gebhardt war auf den Hof allerlei Gerämpel gestellt worden. Die beiden fünfjährigen Knaben dieser Familien sollten es nach dem Schuttabladeplatz

bringen. Unter dem Gerämpel befanden sich auch Kriegsgegenstände des verstorbenen Vaters Sommermanns. Es wird nun angenommen, daß der kleine Sommermann den Kinder darunter gefunden und ihn mit seinen Spielkameraden auf die Straße getragen hat. Ein vorübergehender Erwaehner sah das gefährliche Spielzeug und hörte auch, wie eines der Kinder zum anderen sagte:

„Was das Ding bin, dann knallt es!“

Bevor der Mann hinzupringen konnte, um das Unglück zu verhindern, warf bereits der eine Junge den Kinder fort, der auch sofort erplödierte. Mit lautem Geschrei liefen die Kinder davon. Schon nach wenigen Schritten aber brach der fünfjährige Ludwig wieder zusammen. Zwei Splitter hatten bei ihm eine Lungenblutung hervorgerufen. Auch der fünfjährige Gebhardt fürzte zu Boden und erlag kurze Zeit darauf seinen Verletzungen. Die beiden anderen verletzten Kinder wurden zunächst in der obersten Wohnung verbunden.

Im ganzen Ort herrscht große Aufregung über das Unglück. Möchte es wenigstens dazu dienen, alle Kriegsgegenstände ähnlicher gefährlicher Art, die etwa noch in Besitz von Kriegsteilnehmern oder ihrer Familien sind, zu vernichten!

Neues aus aller Welt.

Selbstmord einer Schülerin. In der obersten Wohnung in Berlin-Wilmersdorf beging die 14jährige Schülerin Helotte Backaus Selbstmord durch Gasvergiftung. Der Grund zur Tat liegt in verlegtem Ehrgefühl. Die Mutter hatte dem Kinde wegen mangelnden Fleißes in der Schule Vorwürfe gemacht. Das Mädchen hatte die zeitweilige Abwesenheit der Mutter dazu benutzt, den Gasbrenner zu öffnen.

Nach Unterbringung Selbstmord begangen. Umfangreiche Unterhaltungen wurden bei der Wismarer Geschäftsstelle der sozialdemokratischen Tageszeitung „Das Freie Wort“ aufgeführt. Der Geschäftsführer Hübner war seit einigen Tagen aus Wismar heimlich verschwunden. Wie die Ermittlungen ergeben haben, fehlt ein größerer Betrag, dessen Höhe sich auf rund 6000 RM beläuft. Kobrahm hat die bei der Geschäftsstelle eingegangenen Inhaberbeiträge unterzogen. Er hat inzwischen Selbstmord durch Erhängen verübt.

Kraftwagen vom Schnellzug erfasst. In der Nähe des

Bahnhofs Breslau-Herrenpfortsch wurde an einem Bahnübergang an der Bahnstrecke Glogau-Breslau der Kraftwagen des Kaufmanns Cohn aus Breslau, der die vorübergehende Besuche und geschäftliche Schenke durchfahren hatte, von dem Berlin-Pf. Hener Dug erfasst und getrimmelt. Der Anstöße wurden geteilt. Der Schnellzug hatte etwa einhalb Stunden Verpätung.

Warenmarkt.

Mittagsbörse. (Amtlich.) Getreide und Mehlwaren per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen März 227-229 (am 18. 1. 226-228), Roggen März 197-199 (197-199), Braugerste 166-170 (160 bis 170), Futter- und Industrieernte 155-160 (155-160), Hafer März 136-144 (135-143), Weizenmehl 27.50 bis 31.25 (27.50-31.25), Roggenmehl 27-29.25 (27 bis 29.25), Weizenmehl 9.00-10 (9.00-10), Magerfleisch 8.00 bis 10 (9.00-10), Rinderfleisch 21-27.50 (21-27.50), kleine Schweinefleisch 21-23.50 (21-23.50), Rinderfleisch 15-17 (15-17), Rindfleisch 16-18 (16-18), Magerböhnen 14-16 (14-16), Bohnen 16-19 (16-19), Kumin blaue 10-12 (10-12), gelbe 14-15.50 (14-15.50), Senfbohnen 22.50-28 (22-28), Kettensüß 11.90-12 (11.90 bis 12), Erdnussmehl 50 Prozent ab Hamburg 12.30 (12.30), Erdnussmehl ab Hamburg 12.20 (12.20), Trockenmilch 6.50-6.80 (6.50-6.80), Sojabohnenmehl 12.30 bis 12.30 (12.10-12.30), Kartoffelflecken 12.30 bis 12.30 (12.10-12.30).

Leipziger Schlachtwiehmast vom 18. Januar.

Klasse	heute		vorher	
	Stück	kg	Stück	kg
Kühe	1	38-35	2	38-42
	2	30-22	3	34-37
	3	27-29	4	30-33
	4	—	5	30-34
	5	—	6	—
Kälber	1	32-28	1	32-35
	2	27-29	2	35-38
	3	24-26	3	28-31
Schafe	1	32-35	1	32-35
	2	27-29	2	35-38
Schweine	1	44	42-43	
	2	43	44-40	
Ferkel	1	42-43	43-38	
	2	40-41	38-37	
Ferkel	1	38-35	5	38-39
	2	28-32	6	—
Ferkel	1	34-40	7	34-40
	2	—	—	—

Donnerstag ab 1/2 Uhr
frische Fasten- u. Schaum-Brezeln
Ernst Berndt

Morgen Donnerstag, von 1/2 Uhr ab frische
Schaum-, Fasten-, Mohn- und Rummel-Brezeln
D. Hermann, Bäckerei

heute abend und morgen frische Wurst
aus Hauschlachtung
1 Pfund 70 Pfennig
Schmiebeberger Straße 22
Frühgeschlossene

Zahn-Klinik
Fr. Genzel
Dentist.
Vollst. schmerzlösendes Zahnziehen
Plombieren in Gold, Silber und Kupferamalgam
Anfertigung künstlicher Zähne in Kunststoff, Gold u. unedigen Metallen, sowie Kronen, Brückenarbeiten und Stützähne.
Reparaturen werden schnellstens ausgeführt.

Morgen Donnerstag früh 7 Uhr
ff. Speckfuchen
Nachmittags 1 Uhr frische
Schaum- u. Fastenbrezeln
Bäckerei Mattheß

Hasen
auch geteilt und bratfertig — sowie
ff. weiße Gänsefedern
Arthur Hamm u. Bergwig
Geflügelmastanstalt, Wildbandlung
Bergamentpapier
empfiehlt **Richard Arnold**

Ischias-, Gicht- und Rheumatismuskranke
teile ich gern gegen 15 Pf. Rückporto sonst kostenfrei mit, wie ich vor Jahren von meinem schweren Ischias- und Rheuma-leiden in ganz kurzer Zeit befreit wurde
J. Stieling, Kantinepächter,
Frankfurt/Oder 130, Jüdenstraße 6

Leeres Zimmer
zum Einstellen von Möbeln
gelucht. Angebote an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.
Laden
nur in bester Lage zu mieten gesucht. Offerten an
Alfred Brabant,
Limbach (Sa.), Johannisplatz 3

Viel Freude
und geistige Anregung in jedes Haus bringen
Delhagen & Klafings Monatshefte
Monatlich nur 2.10 RM.
In aller Welt, wo Deutsche wohnen, sind Delhagen & Klafings Monatshefte verbreitet. Diese Zeitschrift veröffentlicht als erste die neuen Werke unserer großen Dichter. Sie bringt in feinsten und allgemein verständlicher Form die Forschungen unserer bedeutendsten Gelehrten vor eine große Leserschaft. Sie berichtet in Wort und Bild, was es Neues gibt auf den weiten Gebieten der Technik, des Sports, der Mode, des Theaters, des Kunstgewerbes. Sie pflegt mit ihren vortrefflichen farbigen Kunstbeilagen die bildende Kunst.
Der Verlag Delhagen & Klafing, Leipzig überfendet auf Wunsch gegen Einzahlung von 30 Pf. in Marken für Porto kostenlos ein Heft (sonst RM. 2.40) als Probeheft.

Handarbeiten
gezeichnet — angefangen — fertig
empfiehlt in gutsortierter Auswahl, neuen Mustern und billigen Preisen:

Brotbeutel	Küchenborde	Topflappen
Büfftedecken	Läufer	Topflappentaschen
Bürstentaschen	Mandolinbänder	Ueberhandtücher
Handarbeitstaschen	Mitteldecken	Wandschoner
Kaffeefischdecken	Nachtschdecken	Wäscheschrankstreifen
Kaffeewärmer	Nähmaschinendecken	Wäschebänder
Kinderlätze	Nähtischdecken	Waschtischgeräten
Kinderschürzen	Quadrate	Wäschebeutel
Klammerbeutel	Sofakissen	Waschkorbdecken
Klammerschürzen	Spielechürzen	Wochenendeckler
Kommodendecken	Spielkleidchen	Wochenendschürzen
Korbdecken	Staubtuchtaschen	(Nessel und farbig)
Küchengarnituren	Straminkissen	u. a.
	Tabletdecken	
	Taschentücher	
	Teewärmer	

ferner empfehle ich sämtliche
Stickereimaterialien, Stick- und Häkelgarne
Stick- und Häkelselden — Handarbeitswollen
Kaffeewärmerfüllungen — Pflanzendaunen
Handarbeitszeitungen :: Modenblätter :: Handarbeitsalben
Rich. Arnold, Kemberg, Markt

Krieger- und Militär-Verein
Ateriz - Gommlo
veranstaltet am Sonntag, den 24. Januar, von abends 7 Uhr an im Gersbeld'schen Lokal in Ateriz sein diesjähriges
Winter-Bergnügen
bestehend aus **Konzert, Theater und Ball.** Zur Aufführung gelangt u. a. „Der Hauptmann von Köpenick“, eine Komödie aus der Vorkriegszeit in 6 Akten.
Hierzu ladet freundlichst ein **Der Vorstand.**

Uthausen
Sonntag, den 24. Januar, von abends 7 Uhr
großer Maskenball
Maskenkostüme liegen ab 3 Uhr im Lokal zu billigen Preisen aus.
Es ladet freundlichst ein **A. Braunsdorf.**

Masken für Damen und Herren
Scherzartikel
Boekbiermügen empfiehlt **Richard Arnold, Papierhandlung**

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: "Lombardianer Sonntagsblatt" und "Illustriertes Unterhaltungsblatt". / Bezugspreis Monatlich für Abholer 1,15 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gestalt: Betriebsführung Streik usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die bezuglose Preiskategorie oder deren Raum 15 Pfg., die bezuglose Anzeigenzeile 40 Pfg., Auskunftsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für wichtige Mitteilungen unbedingt geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Belegzeitungsgebühr: 10. — Mit dem Zahlung, zuzüglich Postgebühren, Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 9

Donnerstag, den 21. Januar 1932

34. Jahrg.

Die Gewerbetreibenden der Stadt Kemberg werden hiermit aufgefordert, bis zum 30. Januar

Gewerbesteuer-Erklärungen

für das Jahr 1931 abzugeben. Vordrucke werden durch die Gemeindebehörde zugestellt werden. Wittenberg, den 11. Januar 1932.

Der Vorsitzende des Gewerbesteuer-Ausschusses für den Landkreis Wittenberg.

Stadterordneten-Sitzung

Freitag, den 22. Januar, 20 Uhr, im Rathause. Tagesordnung.

1. Wahl des Vorstandes,
2. Wahl der Ausschüsse,
3. Genehmigung der letzten Niederschrift,
4. Kenntnisnahmen,
5. Bebauungsplan für die Gartenstraße,
6. Wahl von 2 Prüfern für die Elektrizitätswerkstätten-Regnung 1930,
7. Wahl von 2 Prüfern für die Sparfassenrechnung 1930,
8. Ermächtigung der Mieten für Wohn- und gewerbliche Räume,
9. Notstandsarbeiten.

Hierauf geschlossene Sitzung.

Eribundenbesucher haben nur Zutritt gegen Abgabe von Einlaßkarten, die die Mitglieder der Stadterordnetenversammlung an ihre Wähler ausgeben werden. Die früheren Einlaßkarten sind ungültig. Kemberg, den 18. Januar 1932.

Der Stadterordnetenvorsteher.

H. Vudley.

Die Denkschrift Hitlers.

Überwindung des heutigen Systems.

München, 19. Januar.

Von nationalsozialistischer Seite wird jetzt die Erklärung Hitlers an den Reichstager veröffentlicht. Hitler betont darin, er sei nicht in der Lage, die Aktion des Reichstagers wegen der Reichspräsidentenwahl verfassungsmäßig oder politisch als möglich anzusehen. Sollte die Auslegung, daß eine Zweidrittelmehrheit des Reichstages entgegen den klaren Bestimmungen der Reichsverfassung einer Volksabstimmung gleichzusetzen sei, angenommen werden, dann müßte zummindest die Zustimmung des Reichstages den außerordentlichen und wirklichen Willen des Volkes zum Ausdruck bringen. Da dies nachweisbar bei dem augenblicklichen Reichstag nicht der Fall sei, müßte zuerst zum Reichstag neu gewählt werden.

Der Reichstager sei der Auffassung, daß die schwierigen außenpolitischen Verhandlungen keine innerpolitischen Wahlen vertragen. Mit wesentlich mehr Recht könne der Führer der größten Oppositionspartei erklären, daß das innerpolitische Regime in Deutschland aus innerpolitischen Selbsterhaltungsründen keine Wahlen brauchen könne, während umgekehrt alle außenpolitischen Erwägungen sie gebieterisch forderten.

Der Verfall des Reiches habe seinen Ausgangspunkt nicht so sehr in außenpolitischen Aktionen, als vielmehr in der innerpolitischen Zerlegung des Volkstörpers durch das heutige System. Daher sei die unvermeidliche Voraussetzung für künftige außenpolitische Erfolge die innerpolitische Überwindung der Zerlegungsarbeit, die Deutschland dort hin getrieben habe, wo es sich heute befinde.

Daß Deutschland heute nicht begabten könne, sei kein politisches Verdienst irgendeiner Regierung, sondern eine durch fehlerhafte politische Leitung herbeigeführte Katastrophe. Et vertrete daher nicht, wie so ausgedehnt die Parteien, die einst die ehrenvolle Entwicklung des alten Reiches politisch und wirtschaftlich läßt unterbrechen. Heute an einer Kontinuität der politischen Führung hängen könnten. Er glaube vor allem nicht daran, daß die Schwäche, außenpolitisch gesehen, plötzlich ein Vorzug sein könnte.

Man könne nicht auf die Dauer annehmen, daß ein Volk durch ein Regiment politisch nach außen hin vertreten werden kann, das für die Volkswirtschaft seines Landes nichts anderes anzuführen habe als die Drohung mit dem, was an seine Stelle käme, wenn es nicht mehr wäre. Er halte es für unumgänglich notwendig, daß ein Regiment komme, dessen Existenz aus eigener Kraft keine Dankschuldung schöpfe.

Er lebe darin die einzige Möglichkeit, die deutsche Nation wieder zum Objekt des außenpolitischen Geschehens zu einem wertvollen Mitglied der zivilisierten Staatengemeinschaft zu machen. Erst wenn Deutschland wieder etwas zu bieten habe, werde man ihm etwas geben. Die Denkschrift schließt mit dem Bedauern darüber, daß der Name des Reichspräsidenten in diese Aktion zur Rettung des Systems hineingezogen worden sei.

Eine Antwort der Reichsregierung.

Zu der Denkschrift läßt die Reichsregierung erklären: Die von Hitler veröffentlichte Denkschrift ist dem Reichstager übermittleit worden. Die Reichsregierung wird nicht verstehen, die darauf zu erzielende Antwort ebenfalls öffentlich bekanntzugeben.

Politische Abzeichen wieder erlaubt.

Durch eine neue Verordnung des Reichspräsidenten ist das in der Rotverordnung vom 8. Dezember 1931 erlassene Verbot des Tragens politischer Abzeichen am Montag wieder aufgehoben worden. Nach der neuen Verordnung ist also das Tragen von Abzeichen, Krawatten u. a. wieder in der bisherigen Form erlaubt.

Sparfassen in der Landwirtschaft.

Rundfunkrede von Schlang-Schönigen.

Berlin, 20. Januar.

Der Reichskommissar für die Ostfälische, Dr. h. c. Schlang-Schönigen, sprach im Rundfunk über das Thema: „Wie und wo muß der Landwirt sparen, ohne dabei die Produktion einzuschränken?“ Das große Schlagwort des Augenblicks, so führte er aus, ist Sparfassen. Wir stehen mitten in einer landwirtschaftlichen Katastrophe ersten Ranges. Sie ist deswegen so bedenklich, weil es bei der Ueberfülle der eigenen Erzeugung, bei der zugleich gesunkenen Kaufkraft des Inlandes und bei dem Bestreben der anderen Länder, selbst auszuführen, sich zugleich aber durch Zollmauern abzusperren, so ungewöhnlich schwierig ist, einen Ausweg zu finden.

Unter Sparfassen ist nicht jene zu verstehen, die zur Hungerwirtschaft führe.

Hungerwirtschaft ist unter allen Umständen in kurzer Zeit nicht zu vermeiden. Der Landwirt müßte deshalb je nach seiner Lage und seinen Möglichkeiten alle Wirtschaftschancen ausnützen, um den Betrieb auf eine möglichst breite Basis zu stellen. Das Ideal ist die Wirtschaft, die neben einer abwechslungsreich aufgetragenen Viehwirtschaft eine starke Milch- und Schweine- und Geflügelwirtschaft treiben könne.

Das einzig wirklich ganz große Mittel der Sparfassen ist die Ausnützung jedes einzelnen Stück Viehes.

Dazu komme noch die Sparfassen in manchen anderen Dingen, so z. B. die Frage des Verhältnisses von Menschenkraft, von Zugkraft und Maschinen. Es sei praktischer, eine Maschine beizugehen, wenn sie zu teuer arbeite. Es sei ein wahrer Jammer, daß man nicht Menschen zu anständigen Löhnen beschäftigen könne. Es sei dringend zu wünschen, daß dieser Zustand durch größte Intensivitätsmöglichkeiten überwunden werde. Das sei die Kardinalfrage der Volkswirtschaft.

Die Gesamtfrage der Landwirtschaft sei heute so, daß keine Wirtschaftskrise für das Volksteilgen notwendig. Landwirtschaft aufrechterhalten könne, wenn es nicht, namentlich angeht, der katastrophalen Viehpreise und der tief darniederliegenden Veredelungswirtschaft in kürzester Zeit gelinge, volkswirtschaftliche Maßnahmen zu treffen, die

dieser Berechnung des Volkswirtschafts zugrunde gelegte Wert der Butter ist unter Berücksichtigung des Preises der Ware vor Sinken der Währungen unter die Goldparität auf 240 Reichsmark je Doppelzentner angelegt worden. Der Zuschlag wird, sobald beim autonomen wie beim Vertragsfuß angewandt.

Gleichzeitig wurde der Butterfuß für die Länder, mit denen das Deutsche Reich nicht in einem handelsvertraglichen Verhältnis steht, auf 170 RM. je Doppelzentner festgelegt. Der autonome Zoll für Quark aus Magermilch, Molkereierzeugnisse wurde auf 17 RM. je Doppelzentner erhöht.

Sicherungsverfahren im Rahmen der Osthilfe.

Berlin, 20. Januar.

Wie das Reichsamt für die Osthilfe mitteilt, sind bis zum 31. Dezember 1931 bei den einzelnen Landstellen insgesamt etwa 58 000 Anträge auf Einleitung eines Sicherungsverfahrens im Rahmen der Osthilfe eingegangen. Es ist hierbei zu berücksichtigen, daß vorerwähnte Anträge noch bis zum 21. Januar dieses Jahres gestellt werden können. Die Ziffern verteilen sich auf die einzelnen Landstellen wie folgt: Königsberg 20 384, Stettin 10 879, Berlin 6500, Schneidemühl 5496, Kolofid 2378, Breslau 7739, Oppeln 1069, Dresden (östlich der Elbe) 585.

Preussischer Landtag.

Berlin, 20. Januar.

Der Preussische Landtag hielt am Dienstag seine erste diesjährige Sitzung ab. Angenommen wurden die Anträge des Beamtenausschusses, die eine stärkere Heranziehung von Versorgungsanwärtern im Rangdienst und die Verrechnung der Stellen für Strafanwaltschaftsbeamtenverwalter verlangen. Da ein Antrag Riedel (Staatspartei), die Anträge über die Revision der Fürstenabfindung von der Tagesordnung abzulehnen, keine Zustimmung fand, begann das Haus die Beratung der hierzu eingegangenen Anträge der Staatspartei und der Kommunisten. Nachdem Adg. Stoff (Komm.) den Antrag seiner Partei begründet hatte, wonach die laufenden Abfindungssummen für die ehemaligen Fürstentümer nicht mehr gezahlt, sondern zur Unterstützung anderwärts verwendet werden sollen, wurden die Anträge beider Parteien dem Beschlusse des Ausschusses abgelehnt. Angenommen wurde ein Hauptausfluß-Antrag, der die Regierung auffordert, wenn es irgend möglich ist, die Schließung der Berliner Chirurgischen Universitätsklinik durchzuführen.

Ein Antrag des Landwirtschaftsausschusses fordert das Staatsministerium auf, auf die Reichsregierung einzuwirken, von der Ermächtigung, Schutzmaßnahmen für die bäuerliche Veredelungswirtschaft zu ergreifen, beschleunigt Gebrauch zu machen.

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger

erklärt, daß er sich dem Reichsernährungsministerium bereits vorzulegen für die Veredelungswirtschaft eingeleitet habe. Mit dem Rückgang der englischen Währung hätten die nordischen Länder, aber auch Holland, besonders stark verlust. Mit Hilfe des Valutadumpings von den Deutschen Markt zu erobern. Hier liegt eine wesentliche Ursache für die schlechte Preisbildung der deutschen landwirtschaftlichen Veredelungserzeugnisse. Er könne sich denken, daß die Reichsregierung nicht in der Lage sei, so gegen die starke Einfuhr vorzugehen, wie es ihr vielleicht erwünscht wäre. Denn es unterliege keinem Zweifel, daß unsere Ausfuhr nach Holland, Finnland und Dänemark größer sei, als die Einfuhr aus diesen Ländern. Daher könnten keine Maßnahmen ergriffen werden, die diese Ausfuhr, auf die wir angewiesen seien, beeinträchtigen.

Abgelehnt wurden die Anträge auf Revision bzw. Einstellung der staatlichen Abfindungen für die ehemaligen Fürstentümer und handelsherrlichen Familien.

Weitere angenehme Anträge des Landwirtschaftsausschusses verlangen die Reichsregierung im Sinne einer Herabsetzung der Futtermittelpreise und Schutzmaßnahmen für das deutsche Holz.

Annahme findet gleichfalls ein kommunistischer Antrag auf Errichtung eines Lehrzuges in Labaginen am Kurischen Haff. Ferner wird ein deutschsparteistischer Antrag gegen den starken Abbau von landwirtschaftlichen Instituten angenommen.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

Groener über die Reichsgründung

Rundfunkrede des Reichsinnenministers.

Berlin, 19. Januar.

Am Montagabend hielt Reichsinnenminister Dr. Groener aus Anlaß des Reichsgründungstages im Berliner Rundfunk eine Rede, in der er etwa folgendes ausführte: Zum 61. Male führt sich heute der Tag, an dem im Spiegelssaal des Berliner Schlosses König Wilhelm I. von Preußen die Deutsche Kaiserkrone annahm und damit die Reichsgründung des Reiches vollendete. Das große Ereignis von 1871 eint endlich wieder alle Deutschen. Zwei große Gestalten ragen aus dem Bilde von dem Verfallenen von 1871 hervor, Bismarck und Wilhelm I. So sehr König Wilhelm dem Kaisergebarken widerstrebe, so ist doch durch die beiden in ihrem Charakter in arundervererbene Persönlichkeit.



Am 18. d. M. ein Zuschlag von 15 v. H. des Wertes der Butter oder von 36 RM. je Doppelzentner eingeführt. Der